

## Die Klimaproteste offenbaren den menschenfeindlichen Kern der Umweltbewegung

Stand: 23.09.2022 | Lesedauer: 7 Minuten



Von **Axel Bojanowski**  
Chefreporter Wissenschaft

Mitten in einer schweren Energiekrise demonstrieren „Fridays for Future“ gegen fossile Energie und Kernkraft. Damit offenbaren die Klimaschützer, dass ihnen menschliches Wohlergehen wenig bedeutet.

„Fridays for Future“ vertreten ein wichtiges Anliegen: das Bremsen der globalen Erwärmung. Im Einklang mit der Klimaforschung drängen die Aktivisten auf Eindämmung des Ausstoßes menschengemachter Treibhausgase. Sie haben recht, dass die Umstellung auf CO<sub>2</sub>-arme Energieversorgung zu langsam voranschreitet, um den Klimawandel kurzfristig aufzuhalten.

Ihre Untergangsbeschwörungen finden sich allerdings nicht in den Sachstandsberichten des [UN-Klimarats](#) (</debate/kommentare/plus237999529/UN-Klimabericht-IPCC-die-anmassende-Weltbehoerde-fuer-Glueckseligkeit.html>). Zwar gehen mit der Erwärmung Wetterrisiken einher, welche die Menschheit möglichst vermeiden sollte. Doch in keinem Szenario des Klimarates würde es der Menschheit schlechter gehen am Ende des Jahrhunderts.

Im Gegenteil: Die Folgen der Erwärmung bremsen die prognostizierte Verringerung von Hunger und Armut demnach allenfalls. Bislang sind die Opfer von Wetterkatastrophen [dramatisch weniger geworden](#) (</wirtschaft/plus233586100/Klimawandel-Wahrheiten-ueber-das-gefaehrliche-Wetter.html>), die Ernährung der Weltbevölkerung hat sich massiv verbessert – trotz Bevölkerungswachstums und globaler Erwärmung.

Das Klima entscheidet nicht über das Wohlergehen der Menschheit, andere Faktoren sind dominant: die Verfügbarkeit technischer Hilfsmittel und Dünger etwa, die Vorwarnung vor Wettergefahren oder der Zugriff auf billige Energie. Dennoch steht die Eindämmung des Klimawandels zurecht weit oben auf der Agenda der Vereinten Nationen.

### Akute Energiekrise bedroht die Menschheit

Nun allerdings bedroht eine akute Energiekrise die Menschheit. Trotzdem ruft „Fridays for Future“ auf Demonstrationen erneut zur Einschränkung von Energie auf: „Während die Klimakrise eskaliert, steigt die Politik wieder in Fossile ein. [Fridays for Future](#) (</themen/fridays-for-future/>) streikt daher weltweit“, erklärt die Organisation. Die Klimabewegung offenbart ihren menschenfeindlichen Kern.

Die Produktion von Dünger musste aufgrund mangelnden Erdgases weltweit erheblich zurückgefahren werden. Es drohen massive Ernteeinbußen und Hungersnöte. Wegen der hohen Energiepreise steht Deutschland vor der Deindustrialisierung. Zahlreiche Firmen haben ihre Produktion minimiert, ihnen droht Insolvenz; Arbeitsplätze sind in Gefahr, die Energiekosten steigen gefährlich.

Ein Dilemma, das von der Klimabewegung mit ihren radikalen Forderungen nach CO<sub>2</sub>-Reduktion übergangen

wird, zeigt sich nun überdeutlich: Fossile Energien liefern mehr als vier Fünftel der Energie weltweit, sie sind bis auf Weiteres überlebenswichtig. Versuche, fossile Energien schleunigst abzuschaffen, gefährden Menschen.

Dennoch setzen westliche Regierungen unter dem Druck der Klimabewegung und einer finanzstarken Lobby ihren Kurs fort, die Versorgung mit Energie und Nahrungsmitteln einzuschränken. Die Europäische Kommission hat einen Plan abgelehnt, armen Ländern beim Bau von Düngemittelfabriken zu unterstützen. Die Niederlande, einer der wichtigsten Getreidelieferanten, schränkt den Düngergebrauch aus Umweltschutzgründen radikal ein.

Dabei hatte die Umstellung auf Öko-Landwirtschaft gerade wesentlich dazu beigetragen, dass Sri Lanka im Mai in den Staatsbankrott kippte. Die Ernte war dramatisch dezimiert, nachdem das Land auf Geheiß der Klimabewegung auf Öko-Landbau umgestellt hatte. Dennoch plant die Bundesregierung gegen den Protest von Landwirten, in Deutschland bis 2030 auf 30 Prozent Bio-Landwirtschaft umzustellen (</debatte/kommentare/plus240673957/Nahrungsmittel-Der-vernachlaessigte-Wert-heimischer-Landwirtschaft.html>).

Die Ideologie hat System: „Fridays for Future“-Ikone Greta Thunberg lehnt Kernkraft weiterhin ab, und auch die Bundesregierung will weiterhin Kernkraftwerke in Deutschland abschalten, mitten in der Energiekrise.

## **Atomkraftwerke als geeignete Energieressource**

Der Kampf gegen Kernkraft offenbart, dass es der Klimabewegung nicht vorrangig ums Klima geht: UN-Klimarat, Wissenschaftler und Europäische Union beispielsweise sehen Atomkraftwerke als geeignete Energieressource im Kampf gegen den Klimawandel, denn Daten beweisen (<https://ourworldindata.org/safest-sources-of-energy>): Kernkraft ist klimafreundlich, sicher und umweltschonend, und die ersten Länder bauen bereits Endlager für den Abfall.

Aber Kernkraft birgt für die Umweltbewegung einen entscheidenden Nachteil: Sie löst die Probleme, welche die Klimabewegung für ihre Selbsterhaltung benötigt. Kernkraftwerke versorgen zuverlässig Millionenstädte – im Gegensatz zu Windkraftanlagen und Solarpanelen: Für die „Öko-Energien“ müssen riesige Naturareale industrialisiert werden, es werden massenhaft knappe Ressourcen benötigt, die vor allem aus China geliefert und dort gefertigt werden, teils unter menschenrechtswidrigen Bedingungen.

Das Grundproblem der sogenannten Erneuerbaren Energien ist ihre Abhängigkeit vom Wetter. Mit Irreführung will „Fridays for Future“ das Problem übertünchen: Stromspeicher würden angeblich nicht schnell genug gebaut, behauptet auch die Lobby der Erneuerbaren Energien, ausgestattet mit Milliarden-Subventionen der Steuerzahler. Energie-Forscher, die nicht zur Lobby gehören, rechnen zwar vor, dass es ausreichend Stromspeicher aus technologischen Gründen auf absehbare Zeit nicht geben kann (</wirtschaft/plus239915287/Energiekrise-Ausstieg-aus-Kernenergie-und-Kohle-kann-jetzt-keine-Option-mehr-sein.html>). Doch wissenschaftsferne Ideologie hat sich durchgesetzt.

Denn Energiearmut spielt der Klimabewegung in die Hände, weil die Verknappung einer politischen Kraft nützt, welche der Umweltbewegung ihre Wucht verleiht: Politische Gruppen, die gegen westliche Lebensweise und Kapitalismus arbeiten, nutzen die Klimaaktivisten als Vehikel und den Mangel an Energie als Grundlage für ihre Ziele: für „Degrowth“, die Einschränkung der Wirtschaft, oder ein irrwitziges „Zurück zur Natur“.

Menschenfeindlichkeit im Namen des Umweltschutzes.

Seit mehr als 50 Jahren spannen politische Gruppen prognostizierte Umweltpokalypsen ein, um die Abkehr von der Industriegesellschaft zu betreiben. Ihre Vorhersagen von katastrophaler Überbevölkerung, folgenden Hungersnöten und kollabierenden Staaten wurden durch gegenläufige Entwicklungen stets widerlegt (<https://axelbojanowski.substack.com/p/geblendet>). Doch im Kampf um öffentliche Aufmerksamkeit gewinnen weiterhin Behauptungen des bevorstehenden Umweltkollapses – kaum etwas verleiht mehr Einfluss und Aufmerksamkeit. Die Inszenierung als Klimakämpfer bietet Machthungrigen und Geltungssüchtigen einen Platz im Rampenlicht; Kritik am ihnen tropft als vermeintlicher Angriff gegen die Vernunft ab.

## **Dubiose „Nachhaltigkeitsnachweise“**

Selbst skandalöse Vorgänge gehen deshalb unter: Dass Russland jahrelang erfolgreich die westliche Klimabewegung unterstützt hat, um die Abkehr des Westens von seinen eigenen fossilen Ressourcen zu forcieren, bleibt Randnotiz (</politik/ausland/plus237519431/Energiekosten-Wie-Putin-Klimaschuetzer-gegen-den-Westen-einspannte.html>). Dass westliche Staaten afrikanischen Ländern die Finanzierung der Erschließung lebenswichtiger Erdgas-Ressourcen erschweren, gilt als Klimaschutz.

Dass Entwicklungshilfe-Organisationen über Regierungen klagen, weil sie Siedlungen wegen angeblicher Klimaverpflichtungen räumen lassen, bringt keine Empörung. Dass Politiker den Klimawandel für Naturkatastrophen verantwortlich machen, die eigentlich wegen mangelnder Vorsorge eingetreten sind, gilt als vernünftiges Mahnen.

Konzernen kommt dieser Zeitgeist entgegen, sie wittern gigantische Profite beim Umbau der Energieversorgung. Investmentfirmen lenken Geld in Firmen mit dubiosen „Nachhaltigkeitsnachweisen“. Und schwerreiche Philanthropen, die in Erneuerbare investieren, finanzieren Institute, Medien, „Faktenprüfer“ und Wissenschaft, um die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit des Kampfes gegen fossile Energien zu überzeugen (</wirtschaft/article230760047/Greenpeace-WWF-BUND-Die-unterschaetzte-Macht-der-gruenen-Lobby.html>).

Kein Land hat mehr Steuergeld für die Energie-Transformation ausgegeben als Deutschland, dennoch liefern Wind und Sonne hierzulande weiterhin kaum mehr als ein Zwanzigstel der benötigten Energie. Die deutsche „Energiewende“ beruhte auf fossilem Erdgas, das die Unzulänglichkeit von Wind und Sonne vertuschen sollte (</wirtschaft/plus241190153/Der-Fall-Uniper-entlarvt-das-Maerchen-von-den-omnipotenten-Oeko-Energien.html>).

Die Erneuerbaren-Lobby macht nun mangelnden Ausbau Erneuerbarer Energien für die historische Energiekrise verantwortlich – zur Freude Chinas, dessen Anteil an der Produktion ebendieser größer ist als der der OPEC-Staaten an der Erdölproduktion.

In Wahrheit zeitigt die politisch gewollte Verknappung fossiler Energie das gewünschte Ergebnis. Hohe Preise für fossile Energien hatten Klimaaktivisten gefordert. Bereits vor dem Krieg in der Ukraine waren die Preise für Erdgas und Erdöl dramatisch gestiegen. Deutschland, das für seine Energiewende vor allem auf Erdgas angewiesen ist, trifft der Preisanstieg nach dem Wegfall russischer Lieferungen besonders hart.

Afrikanische Länder, die Milliarden Menschen mit günstiger Energie aus der Armut holen wollen, treiben mit Hilfe von China und Indien dennoch die Erschließung fossiler Energieressourcen voran. Ihre Hoffnung: Der mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten aus Klimaschutzgründen künstlich erhöhte CO<sub>2</sub>-Preis in westlichen Staaten dürfte die Nachfrage des Westens nach Erdgas, Öl und Kohle senken, so dass das Angebot für fossile Energien in Afrika und Asien steigt und deren Preise dort langfristig sinken. Industrien aus Europa könnten in diesen Regionen mit bezahlbarer Energie Zuflucht finden.

Zunächst aber zieht aufgrund des akuten Energiemangels eine weltweite Krise der Wirtschaft und Nahrungsmittelversorgung herauf. Hätte „Fridays for Future“ das Wohlergehen von Menschen im Sinn, würden die Aktivisten nicht gegen Energie und Wirtschaftswachstum protestieren, sondern für humane Maßnahmen gegen den Klimawandel.

## **Klimaschutz geht nicht vor Menschenschutz**

Beispielsweise dafür, dass der Umstieg auf Erneuerbare sich finanziell lohnen müsste, was technologische Innovationen statt staatlichen Repressionen voraussetzte. Oder dafür, dass mehr Nahrung auf weniger Land wächst. Oder dafür, dass sich Staaten besser gegen Wetterrisiken schützen. Und dafür, dass Klimaschutz nicht vor Menschenschutz geht.

Mit ihrem Kampf gegen erschwingliche Energie werden die Klimaschützer ansonsten für Milliarden Menschen zu „Fridays for No Future“.

---

Teilen Sie die Meinung des Autors?

**JA**  2475

**NEIN**  70

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/241216827>